

**PDS**

# extraDrei

Die Zeitung für Pankow – Prenzlauer Berg – Weißensee

Februar 2002



Wilhelmsruh

Seite 10

BA-Wahl

Seiten 2-4

Ohne Markt

Seite 9

Folge 3:

# Zu Besuch im Siechenheim

## Vierter Versuch

Na, das fing ja diesmal gut an. Bevor einer nur piep sagen konnte, gab's schon die erste Auszeit. Dann soll der Ältestenrat tagen. Der Vorsteher mahnt zur Geduld. Die grüne Frau Rabe will ihre Fraktion verlassen, aber das Mandat nicht zurückgeben. Und die CDU würde die Bürgermeisterwahl am liebsten gleich vertagen. Man protestiert, aber der neue Vorsteher Jens-Holger Kirchner, genannt Nilson, bügelt den Fraktionsvorsitzenden der CDU, dessen Namen ich vergessen habe aber an seinem bemerkenswerten S-Fehler immer sofort erkenne, erstaunlich souverän ab. Dann gibt es wieder eine Pause, nach der windige Erklärungen abgegeben werden. Es ist, als ob die Hütchenspieler vom Alex neuerdings in der BVV rummachen täten.

Alles versichert sich gegenseitig, daß man so etwas noch nie erlebt hätte, daß alles einmal in der Geschichte der BVV sei, und so weiter. Der Bürgermeisterkandidat Burkhard Kleinert, von dem man erwarten könnte, daß er sich die Haare rausreißen und die Fingernägel abfressen würde, thront erstaunlich gelassen über der Szene.

Dann wählt es endlich wie letztes und vorletztes Mal. Es zählt. 27 zu 27, eins enthält. Das anwesende Volk kriegt bald die Motten. Ab in die nächste Kinderkrippe zur Nachschulung. Aber der eigentliche Skandal ist, daß in der folgenden

Pause schon wieder das Bier alle ist. Am liebsten würde ich jetzt einen neuen Kantinenpächter wählen lassen. Aber an der Tagesordnung wird nicht gerüttelt. Das kriegen auch die Pankoffer Markthändler zu spüren, die ihren Fall gerne vorgezogen hätten. Aber da klappt's plötzlich mit der Abstimmerei: 28 zu 27 gegen den Antrag.

Dann wird ordentlich weitergemacht, und ich gehe in die Kneipe. Unter uns gesagt, wenn ich das Volk wäre, käme ich mir jetzt reichlich verarscht vor.

## Fünfter Versuch

Am 16. Januar geht's weiter mit einer von der PDS beantragten Sondersitzung, was die CDU genial mit einer Auszeit von 20 Minuten kontert. Dann wird über Zulassung Großer Anfragen von PDS und Grünen abgestimmt. 27 zu 27 wird ausgezählt, was eigentlich nicht geht, weil sich niemand enthalten hat. Es wird noch einmal abgestimmt. Das gleiche Ergebnis. Beim dritten Mal klappt's aber doch noch; mit 28 zu 27 Stimmen werden die Anfragen von der Tagesordnung genommen. Merke: Demokratie ist, wenn man so lange abstimmen läßt, bis das Ergebnis stimmt. Dann gibt's einen Antrag der Grünen zum Markt in Pankoff. Jetzt darf auch das Volk Laut geben. Ein Markthändler bezeichnet die BVV als „Kasperltheater“. Da mag niemand widersprechen. Aus für gewöhnlich gut

unterrichteten Kreisen ist sogar zu hören, daß, wenn es für Blödheit Punkte in Flensburg gäbe, mindestens die Hälfte der BVVler ihren Führerschein verlieren täte. Und wieder wird abgestimmt; es geht um einen Mißbilligungsantrag gegen den noch amtierenden Bürgermeister Lubawinski, der sichtlich gealtert wirkt. Blöderweise stimmt er selber mit ab, was er nach Nummer sowieso der Geschäftsordnung gar nicht darf. Da ist die PDS aber empört und behält sich „rechtliche Schritte“ vor (Lubawinski für 20 Jahre nach Sibirien? Oder in die Haschisch-Minen von Schönholz-Nord?). Immerhin ist die Sondersitzung jetzt beendet und in der Kantine ist wieder mal das Bier alle.

Nach fünf Minuten Pause wird zum fünften Wahlgang zwecks Kürung eines neuen Bürgermeisters geschritten. Burkhard Kleinert wird mit 28 zu 27 Stimmen gewählt. War das eine schwere Geburt.

Vor dem ersten Wahlversuch war das Fraktionsgeschäftszimmer der PDS mit Blumensträußen zugestellt gewesen. Bei den folgenden Versuchen hatte niemand mehr an Blumen gedacht. Nur heute hatte eine Frau von der PDS, einem schweren Animus folgend, wieder welche mitgebracht. Die und der dazugehörige neue Bürgermeister werden jetzt ausgiebigst fotografiert. Burkhard Kleinert sagt was, die Fraktionsvorsitzenden der anderen Parteien sagen auch was. Alle haben auf einmal Kreide gefressen und es fällt ihnen sichtlich schwer, wieder zum Tagesgeschäft zurückzukehren.

Abschließend trinken wir alle Sekt, von dem beinahe nicht genug dagewesen wäre, weil alle Vorräte vorher frusturationshalber ausgetrunken worden waren. Später dann kehrt auch der nichtsnutzige Verfasser dieser Zeilen wieder in die Kneipe zurück (... äh ... Burkhard ... äh ... Kleinert ... äh ..., ab in den nächsten Rhetorik-Kurs).

*Norbert Knofo Kröcher*

Gespannte  
Erwartungen



Burkhard Kleinert (PDS) im Gespräch mit „extraDrei“

# Neuer Chef im Pankower Rathaus

Es ist sein zweiter Anlauf auf den Posten des Bezirksbürgermeisters. Schon einmal, 1995 wählte ihn eine Mehrheit in der BVV Prenzlauer Berg in dieses Amt. Aber da die Berliner Verfassung konkurrierende Bewerbungen nicht vorsieht, „korrigierte“ der Senat diese demokratische Entscheidung.

2001/2002 brauchte er fünf Versuche, sprich Wahlgänge in der BVV. Als Kandidat der stärksten Fraktion und getragen durch eine Zählgemeinschaft von PDS und Bündnis90/Die Grünen setzte er sich in einer zähen Kraftprobe mit dem SPD/CDU/FDP-Block durch. Befragt, wie er das Tauziehen durchgestanden hat, erwidert Burkhard Kleinert, er habe das nie persönlich genommen: „Der politische Anspruch der PDS auf den Bürgermeisterposten erwächst folgerichtig aus dem Wahlergebnis. Es gibt schließlich kein Erbrecht der SPD auf dieses Amt, das vor allem Symbolcharakter trägt. Wenn es um Gestaltungsmöglichkeiten geht, hat man als Bürgermeister natürlich Vorteile. Die wollen wir für den Bezirk nutzen.“

Aus SPD- und FDP-Kreisen geäußerte Befürchtungen vor einem Machtmißbrauch der PDS hält er für unbegründet. Jeder Bürgermeister –

Beschlüsse der BVV einsetzen. „Das ist mein Demokratieverständnis, und dazu stehe ich.“

## Rot-rot- und die Bezirke?

Mit der Bildung des rot-roten Senats erhält die PDS-Kommunalpolitik in den Bezirken – wie Burkhard Kleinert meint – eine größere Verantwortung. „Wir sind nicht mehr in Opposition. Wir müssen helfen, daß das Projekt Erfolg hat“. Voraussetzung sei, daß die Bezirke und deren Probleme ernster genommen werden. Die PDS-Stadträte haben das von ihren Senatskollegen eingefordert. Wenn jedoch der Senat die Haushaltsrisiken weiterhin auf die Bezirke ablade, werde der Konflikt zwischen zentralen und dezentralen Strukturen auch unter den neuen politischen Gegebenheiten in Berlin aufbrechen. Der Landesparteitag der PDS hat – von ihm mitinitiiert – einen Beschluß zur Haushaltskonsolidierung gefaßt, an dem das künftige Handeln zu messen sei.

## Dienstleistung am Bürger

Was der Bezirk denn angesichts des aktuellen Haushaltsnotstandes für seine Bürgerinnen und Bürger noch tun könne? Der neue Bürgermeister hat klare Vorstellungen: „Verwaltung ist Dienstleistung am Bürger. Es ist



Natürlich müssen wir auch offen sagen, was nicht oder nicht mehr geht.“ Wichtig sei, daß die Bezirksverwaltung die inneren Strukturveränderungen nach der Bezirksfusion zu Ende bringe und „endlich reibungslos arbeiten kann“.

## Der Zweihundertste

Faktisch Bürgermeister einer Großstadt mit mehr als 320.000 Einwohnern zu werden, wird ja nun keinem an der Wiege gesungen? Wie er damit fertig wird? „Ich habe meinen eigenen Kopf behalten“, sagt Burkhard Kleinert und verweist selbstbewußt auf seine soziologische und ökonomische Ausbildung, seine Erfahrungen, Kollektive (er sagt wirklich „Kollektive“) zu leiten, seine Arbeit als Bezirksstadtrat in Prenzlauer Berg und zuletzt im Fusionsbezirk. Er ist hier zu Hause – „mein“ Bürgermeister.

Die PDS hat inzwischen viele erfolgreiche Kommunalpolitikerinnen und -politiker wie ihn. Burkhard Kleinert ist der 200. Bürgermeister mit PDS-Mandat.

Herzlichen Glückwunsch, Burkhard, und viel Erfolg!

Klaus Gloede



Freude im Fraktionszimmer

so auch er – sei gut beraten, im Kollegialorgan Bezirksamt Konsensentscheidungen herbeizuführen. Er hat vor der Wahl öffentlich versichert, er werde seine Bürgermeisterstimme in Pattsituationen und auch sonst nicht gegen rechtmäßige

nicht in erster Linie eine Geldfrage, die Verwaltung bürgerfreundlicher und effizienter zu organisieren. Die Menschen im Bezirk haben Anspruch auf sachkundige Beratung, auf Rechtssicherheit, auf unbürokratische Erledigung ihrer Anliegen.

Letzte Meldung

## Bezirksamt komplett

Die gut zwei Monate andauernde Blockade in der BVV ist am 30. Januar durchbrochen worden. Der Bezirk hat ein arbeitsfähiges Bezirksamt. Jeweils im ersten Wahlgang wurden gewählt: Johannes Lehmann (SPD) mit 33 Stimmen, Almuth Nehring-Venus (PDS) mit 32 Stimmen und Christine Keil (PDS) mit 29 Stimmen.

An der Wahl des zweiten SPD-Vertreters, Matthias Köhne, im Bezirksamt drohte die Fortsetzung der Konstituierenden BVV-Sitzung jedoch um ein Haar zu scheitern. Im ersten Wahlgang erreichte Köhne nur 18 von 28 Stimmen aus dem Lager von SPD, CDU, FDP und einer Grünen-Verordneten. Damit war klar, daß der von SPD-Kreis-

vorsitzenden vollmundig angekündigte „bürgerliche Block“ bloße Angebe war, die aber alle Beteiligten im Vorfeld viel Zeit gekostet hat.

Köhne wurde schließlich erst im dritten Wahlgang mit 23 Stimmen gewählt; 21 Verordnete stimmten gegen ihn, 10 enthielten sich.

Auch der CDU-Kandidat Martin Federlein benötigte zwei Wahlgänge, bis er schließlich mit 25 Stimmen in das Bezirksamt gewählt wurde. Die Ressortverteilung stand bei Redaktionsschluß noch nicht fest; sie soll am 4. Februar verabredet werden. *Wolfram Kempe*

Christine Keil (l.)  
und Almuth  
Nehring-Venus



### Berichtigung / Ergänzung

In der letzten Ausgabe vergaßen wir in der Aufzählung der Mitglieder der PDS-Fraktion den Bezirksverordneten Thomas Fritsche. Entschuldigung. Dafür können wir heute auch noch nachtragen, daß für Almuth Nehring-Venus nun auch Anke Scherer in die BVV nachgerückt ist. Glückwunsch.

## Was der PDS der Bürgermeisterposten wert ist

Über Dürfen  
und Können

Eine Partei wird bei den Wahlen stärkste Partei. 37,2% der Wählerinnen und Wähler haben mit ihrer Stimme die bisherige Arbeit der kommunalen Mandatsträger dieser Partei „honoriert“ und deren Vorschläge für das, was im Bezirk zu tun ist, für gut befunden. Daraus erwächst Verantwortung – und der Anspruch auf das Bürgermeisteramt. Um dieses Wählermandat wahrzunehmen, wird eine Mehrheit im Bezirksparlament gebraucht. Bei der Suche nach einem Partner ist die stärkste Partei nicht voreingenommen. Aber natürlich läßt sie sich nicht erpressen.

In komplizierten Gesprächsrunden stellt sich heraus, daß die zweitstärkste Partei unbedingt ihren

Mann, den bisherigen Amtsinhaber wieder durchbringen will. Jener gibt sich siegessicher. Seine Ernennungsurkunde liegt schon vor. Sie wird aber nicht benötigt. Denn die angestrebte Zählgemeinschaft „aller übrigen“ gegen die stärkste Partei kommt nicht zustande. Ein Partner orientiert sich um. Natürlich nicht uneigennützig. Mehrere Wochen blockieren sich nun zwei fast gleich starke Blöcke, bis der eine leicht bröckelt. Eine Stimme Mehrheit reicht. Der Kandidat der stärksten Partei wird neuer Rathauschef.

Unterlegene warnen nun vor dem „Machtmißbrauch der Postkommunisten“. Einige Zeitungen lassen sich über den „Pankower Zirkus“ aus. Das frühere Zentralor-

gan spekuliert über „U-Boote“ und findet es erwähnenswert, daß die stärkste Partei einen Bezirksverordneten zweimal aus Kanada einfliegen ließ, um den Erfolg zu sichern.

War es diese Kraftprobe wert? Ich nenne es verantwortungsvollen Umgang mit dem Wählermandat. Wer darf, muß auch wollen und können. Es ist doch politisch nicht egal, wer im Bezirk für die nächsten fünf Jahre den Ton angibt, wie die Ressorts im Bezirksamt aufgeteilt werden und wer im Rat der Bürgermeister mitredet.

Der Fraktion gebührt Dank für die Beharrlichkeit und den Zusammenhalt. Das wird auch weiterhin gebraucht. Denn nun beginnt die Arbeit. *F.W.*

Aus dem Abgeordnetenhaus

# „Verrat an der Freiheit“

Das „Auge der Geschichte“, so Dr. Stölzl (CDU), blicke an diesem Tage, dem 17. Januar 2002, auf Berlin. Die geschichtliche Dimension der Wahl eines SPD-PDS-Senats wurde von nahezu allen Rednern der Debatten dieses Tages wortreich beschworen, am eindringlichsten und bildhaftesten vom Redner der CDU in der Generalausprache zur Senatswahl, Dr. Christoph Stölzl, dem vormaligen Direktor des Deutschen Historischen Museums und Ex-Senator für Kultur. Er beschwor die Abgeordneten der SPD an diesem „Schicksalstag“: Die PDS in die Regierung zu nehmen, bedeute, dem Kommunismus die Tür zur Macht zu öffnen und die Freiheit zu verraten, die Berlins Pulsschlag und Atem stets auszeichnete. Dies sei zugleich ein Verrat an der Geschichte der SPD, die seit über hundert Jahren für Freiheit und Demokratie gestritten habe. Und es sei odendrein ein Verhöhnung der Opfer des SED-Unrechts.

## Ablenkungsmanöver

Diese Abgeordnetenhaussitzung, von der mittäglichen Aussprache über die Wahl des Regierenden Bürgermeisters und der Senatoren bis zur mitternächtlichen Debatte über die Stasi-Überprüfung, geriet zur Zeitreise in die Schützengräben des Kalten Krieges. Das Geschehen im Abgeordnetenhaus hatte ähnlich gelagerte Vor- und Nachspiele in allen Medien. Die Springerpresse hetzt; das bürgerliche Feuilleton tobt; langjährige SPD Mitglieder zerschneiden öffentlich ihre Parteibücher; es herrscht irrationale Untergangsstimmung ...

Nicht die politische Ziele der rot-roten Koalitionsvereinbarung sind Gegenstand dieser mächtigen Aufwallung in der Öffentlichkeit, sondern allein die Tatsache ihrer Existenz an sich ist deren Auslöser und Gegenstand. Obwohl ein gerüttelt Maß parteitaktischen Theaterdonners und Medienpose im Bundestagswahljahr zweifelsohne dabei

ist, so lässt sich damit dieser Rückfall in die ideologische Schlachtordnung des dumpfen Antikommunismus nicht hinreichend erklären.

Nicht die Politik der PDS, nicht die Politiker der PDS, nicht die Haltung der PDS zur Geschichte sind der Auslöser dieser Bewegung, sondern die PDS als Symbol.

Die politisch-geistige Ordnung, das ideologische Selbstverständnis der politischen Gesellschaft der Bundesrepublik basiert auf einer legitimatorischen Lagerkonstruktion: hier die Freiheit, die demokratische und rechtsstaatliche Ordnung – dort Unfreiheit und Diktatur, der Kommunismus. Der Antikommunismus war ein konstitutiver Bestandteil des demokratischen Selbstverständnisses der jungen Bundesrepublik, weil er zum einen das Defizit an demokratischer Tradition und Gesinnung im bürgerlichen Deutschland kompensierte und zum anderen wegen seiner partielle Kontinuität zum nationalsozialistischen Weltbild ein nützliche Flussmittel für die Akzeptanz der neuen Staatsräson darstellte.

## Hintergründe

Wird nunmehr eine (ex)kommunistische Partei in Berlin an der Regierung beteiligt, wird das gesellschaftspolitische Selbstverständnis von Generationen der westdeutschen Gesellschaft erschüttert. Wenn in einem ostdeutschen Land massenhaft PDS gewählt wird, gilt dies als bedauerliche Fehlreaktion der Osis auf objektive Schwierigkeiten der deutschen Einheit, als Irrtum, als Symptom einer heilbaren Krankheit. Hier ist auch eine Regierungsbeteiligung als Gegengift notfalls noch tolerierbar. Aber in Berlin, der deutschen Hauptstadt, die zu Zweidritteln eine westliche Stadt ist, kann eine Regierungsbeteiligung der PDS nur Verrat aus niederen Motiven sein.

Die PDS hat in den letzten Jahren selbst erfahren, welch heftige, oft irrationale Debatten solcherart Er-



schütterung der politisch-geschichtlichen Identität, des Selbstverständnisses über den eigenen Platz im politischen Weltenlauf auslösen kann. Vielleicht wird nun noch einmal in aller Deutlichkeit klar, daß die Koalition gut beraten war, ihre geschichtlich-politische Dimension von sich aus in der Präambel der Koalitionsvereinbarung zu thematisieren.

Mit dem Erfolg der rot-roten Koalition ist nicht nur die Zukunft der PDS verbunden, sondern auch ein Wandel im gesellschaftlichen Bewusstsein der (west)deutschen Gesellschaft; letztlich also die gesellschaftliche Perspektive des Sozialismus als Idee, Theorie und Politik in Deutschland. *Michail Nelken*

Die Ausschußbesetzung ist auch in der Abgeordnetenhausfraktion noch nicht völlig geklärt. Für die aus dem Bezirk kommenden Mitglieder der PDS-Fraktion stehen bis jetzt folgende Ausschußmitgliedschaften fest:

Bernd Holtfreter:	Ausschuß Bauen/Wohnen/Verkehr, Untersuchungsausschuß Bankgesellschaft
Delia Hinz:	Ausschuß Stadtentwicklung/Umwelt, Ausschuß Bauen/Wohnen/Verkehr
Gernot Klemm:	Hauptausschuß, Verfassungsschutzausschuß
Marian Krüger:	Hauptausschuß, Verwaltungsreformausschuß
Michail Nelken:	Rechtsausschuß, Verfassungsschutzausschuß
Marion Seelig:	Innenausschuß, Unterausschuß Datenschutz
Siglinde Schaub:	Ausschuß Jugend/Familie/Schule/Sport, Petitionsausschuß
Jan Spindler:	Ausschuß Bauen/Wohnen/Verkehr, Petitionsausschuß

Rot-Rot:

# Politik in Haushaltsnotlage



Am 11. Januar 2002 billigte der PDS-Landesparteitag mit immerhin 83% Zustimmung den Koalitionsvertrag von PDS und SPD. Erstmals war der Parteitag von massiven Protesten begleitet: Mitarbeiter des Benjamin-Franklin-Klinikums Steglitz, Flughafengegner, Gewerkschafter von ver.di und GEW kündigten ihren Widerstand gegen den Sparkurs der neuen Regierung an. Diese Proteste sind meiner Meinung nach unvermeidlich. Eine Koalition, die unter den Bedingungen eines latenten Haushaltsnotstandes handelt, deren Politik muß auch Züge von Notstandsmaßnahmen tragen. Jeder, der die Koalitionsvereinbarung einer generellen Bewertung unterziehen will,

Landesparteitag:  
vor dem Saal

muß sich diesen Notstand ins Bewusstsein rufen.

## Was macht den Berliner Haushaltsnotstand aus?

Wenn wir also über die Perspektive dieser Koalition sprechen, dann muß Klartext über den Haushaltsnotstand gesprochen werden. Von jedem Euro, den wir an Steuern einnehmen, werden 40 Cent für Zinszahlungen verbraucht. Und von jedem Euro, den wir ausgeben, haben wir uns 22 Cent geborgt. Sowohl das Verhältnis von Zinsen und Steuern als auch der Anteil der Kredite liegen doppelt über dem Bundesdurchschnitt. Wenn die Finanzen eines Landes diesen Zustand erreichen, spricht das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) von einer *extremen Haushaltsnotlage*. In dieser Situation sieht das BVerfG die staatliche Selbständigkeit des Bundeslandes bedroht. Mit anderen Worten: Im Haushaltsnotstand kann ein Land seine öffentlichen Aufgaben in ihrer Gesamtheit nicht mehr erfüllen, nicht mehr das leisten, was es der Gesellschaft schuldet.

## Welche Maßnahmen ergeben sich daraus?

Aus der Notstandssituation kommt Berlin nicht aus eigener Kraft her-

aus. Es hat aber, wie ein Blick in die Rechtsprechung des Verfassungsgerichts erweist, auch Ansprüche auf Sanierungsbeihilfen des Bundes und der Länder. Wenn wir diese Ansprüche jedoch durchsetzen wollen, kommt Berlin an einem weiteren Abbau derjenigen sozialen Standards, die über dem Bundesdurchschnitt liegen, nicht vorbei. Die von SPD und PDS beschlossene Verringerung des Kita-Personals, der weitere Personalabbau im öffentlichen Dienst insgesamt, sollten vor diesem Hintergrund bewertet werden. Züge von Notstandsmaßnahmen trägt auch die Forderung der Koalition, mit den Gewerkschaften über eine zeitlich befristeten Lohnverzicht im Austausch gegen Arbeitszeitverkürzung zu verhandeln. Auch die Einführung einer Konzessionsabgabe für die Wasserbetriebe sowie das Straßenbaubeitragsgesetz gehören in diesen Zusammenhang. Wenn wir von anderen Bundesländern Finanzhilfen beanspruchen wollen, kommen wir schlichtweg nicht umhin, deutlich zu machen, daß wir zuvor unsere eigenen Einnahmefähigkeiten auch konsequent ausschöpfen.

## Wovon die Koalition abhängt

In der PDS gilt die Präambel der Vereinbarung als Sündenfall der Anpassung an das revisionistische Geschichtsbild der Sozialdemokratie. Auch aus der Westgruppe der Veteranen des kalten Krieges sind bittere Vorwürfe, diesmal an die SPD zu vernehmen: Anbiederei an die PDS, Verrat an der großen anti-kommunistischen Vergangenheit. Ich meine, über die Präambel redet bald keiner mehr. Über das Rosa-Luxemburg-Denkmal, das nach dem Willen der Koalition in Berlin errichtet werden soll, wird man noch lange sprechen. Ihr historisches Verhältnis werden PDS und SPD weiter beschäftigen. Davon hängt jedoch die Koalition nicht ab. Sie steht und fällt mit der *prakti-*



schon *Wirksamkeit* ihrer Sanierungspolitik und damit, ob es ihr gelingt, dies mit der Gewährleistung sozialer Gerechtigkeit zu verbinden. Und soziale Gerechtigkeit heißt hier vor allem eine gerechte Verteilung von Spar-Lasten und nicht Entlasten vom Sparen.

### Erfolge und Defizite der Vereinbarung

Koalitionsverhandlungen werden häufig betrachtet wie Fußballspiele: Wer hat einen Punkt gemacht? Wo hat sich die SPD durchgesetzt, wo konnte die PDS siegen? Wer sich diesen Vergleich zu eigen machen will, sollte bedenken, daß dieses Spiel erst losgeht, fünf Jahre dauern soll und beide Parteien ein Team bilden. Davon hängt auch ab, ob das, was die PDS-Handschrift an der Vereinbarung ist, zu wirkli-

chen gemeinsamen Anliegen beider Partner wird. Das betrifft zum Beispiel den vereinbarten Ausbau direkter Demokratie, eine an Bürgerrechten orientierte Innenpolitik, die Gewährleistung eines Einstellungskorridores von 4.000 neuen Lehrern in den nächsten fünf Jahren, der Ausbau der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst, die Erhöhung der Anzahl von Ganztagschulen, die Strukturreform der Polizeibehörde.

Eine Niederlage haben wir eindeutig im Hinblick auf die Kürzungen im Kita-Bereich erlitten. Und ein Teil der beschlossenen Maßnahmen



Landesparteitag:  
in dem Saal

(bitte beachten Sie das Portefeuille vom Setza)

### Parteitagsbeschluß

auf Antrag von Burkhard Kleinert, Marian Krüger, Klaus Lederer, Michael van der Meer und Michail Nelken

Die PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus, die PDS-Vertreter im Senat und in den Bezirksämtern werden aufgefordert, sich bei der Umsetzung der Koalitionsvereinbarung für die Verwirklichung folgender Ziele einzusetzen:

1. Die Zuweisungen an die Berliner Bezirke sind nach den Prinzipien der Haushaltswahrheit und -klarheit und somit nach Maßgabe ihrer tatsächlichen Realisierbarkeit zu gestalten.

2. Sofern durch die Zielvorgaben der Koalitionsvereinbarung Haushaltsrisiken in Bereichen entstehen, die durch die Bezirke selbst nicht steuerbar sind, beispielsweise im Rahmen der Neuverhandlung von Leistungsverträgen mit den Trägern der freien Jugendhilfe, sind diese Risiken nicht durch die Bezirke, sondern die zuständige Senatsverwaltung zu tragen.

3. Das Budgetierungsverfahren als zukünftiges Zuweisungsmodell ist unter Beteiligung der Bezirke hinsichtlich der Einbeziehung sozial struktureller und sozialräumlicher Besonderheiten und Anforderungen der Bezirke, der Erhöhung der Kostentransparenz und der Sicherung der Datenqualität weiter zu entwickeln. Die Finanzierung der nicht steuerbaren, zwingend rechtsanspruchsgebundenen Verpflichtungen ist umfassend zu gewährleisten.

4. Hinsichtlich der geplanten Personalkürzungen in den Bezirken ergreift die PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus im Jahr 2002 die Initiative, ein Verteilungsmodell für Personalkostenkürzungen zu erarbeiten, welches die sozial-, jugend- und kulturpolitische Handlungsfähigkeit in den Bezirken nach dem Maß sowohl ihrer unterschiedlichen Finanzierungs- als auch Sozialstruktur gewährleistet.

ist meiner Meinung nach das Gegenteil einer kassenwirksamen Sanierungspolitik. Da sind zum Beispiel die 30 Millionen Euro, die durch die Privatisierung von Kitas erbracht werden sollen. Das wäre der theoretische Gegenwert einer hundertprozentigen Kita-Privatisierung. Das ist zwar unrealistisch, die Millionen lasten jedoch als potentielles Risiko auf den Bezirken. Insgesamt lasten auf den Bezirken Haushaltsrisiken von circa 1 Milliarde Euro durch die beschlossenen Maßnahmen für Einsparungen bei Sozial- und Jugendhilfe. Risiken, die letztlich nicht abstrakt in den Haushalten der Bezirksämter hängen bleiben, sondern bei den Bürgern ankommen, die auf öffentliche Leistungen angewiesen sind. Der Landesparteitag hat sich vor diesem Hintergrund einem Antrag aus unserem Bezirk angeschlossen, in dem festgestellt wird, daß die Koalitionsvereinbarung noch keine ausreichende Grundlage für die Gewährleistung einer sozial gerechten Konsolidierungspolitik bildet. Unserer Fraktion und den PDS-Regierungsmitgliedern ist in diesem Antrag der Auftrag erteilt worden, die Bezirke von den Auswirkungen unrealistischer Sparmaßnahmen zu entlasten.

Marian Krüger

## Kein Stillstand in Buch



Der Innovationswettbewerb InnoRegio hat in bisher beispielloser Weise zur Mobilisierung regionaler Innovationsinitiativen in den neuen Ländern beigetragen. Gestartet wurde der Wettbewerb 1999. 23 Pilotprojekte erhalten nun die Chance, regionale Innovationskonzepte mit Bildungs-, Forschungs- und Netzwerkprojekten umzusetzen. Für InnoRegio stellt das Bundesforschungsministerium insgesamt 500 Millionen DM bis zum Jahr 2006 zur Verfügung.

Im Oktober 2000 wurde Buch im Rahmen des InnoRegio-Wettbewerbs nicht ausgezeichnet. Die Enttäuschung war natürlich bei den Beteiligten groß. Die Hoffnungen richteten sich dann auf die Verteilung der übrigen Mittel des Bundesforschungsministeriums. Und

deshalb wurden die Konzepte überarbeitet.

Nun hat es doch noch geklappt. Die Gesundheitsregion Buch gehört zu den vier glücklichen Regionen, die im Oktober 2001 vom Bund neu aufgenommen wurden. Von den dafür bereitgestellten 36 Millionen DM erhält Buch in den nächsten Jahren 10 Millionen DM.

Zentrales Projekt im InnoRegio-Konzept der Gesundheitsregion Buch ist der Aufbau einer Probanden- und Patientendatei mit pharmako-genomischem Datenbestand, die die Attraktivität der regional ansässigen Kliniken als klinische Prüfeinrichtungen verbessern soll. Ein weiteres wichtiges Projekt ist die Akquirierung und Überführung von Forschungsergebnissen regional angesiedelter wissenschaftlicher und medizinischer Einrichtungen in klinische und unternehmerische Anwendung.

Die „berlin-buch-ag“ stellt die projektkoordinierende Schnittstel-

le zu den regionalen Forschungsinstituten.

Aufgabe der Politik in Berlin ist es nunmehr, diese Prozesse mit ihren Möglichkeiten zu unterstützen. Der Standort Buch soll zu einer Gesundheitsregion und einem wettbewerbsfähigen leistungsstarken Biotechnologie-Zentrum weiterentwickelt werden. Dazu ist in der neuen Koalition vereinbart worden, freigezogene Gebäude, die bisher von Helios-Kliniken genutzt wurden, vom Land Berlin für die Ansiedlung neuer Biotechnologie-Firmen zur Verfügung zu stellen.

Deshalb wird es unter Federführung des Senats ein abgestimmtes Handeln mit dem Bezirk sowie den ansässigen Institutionen im Rahmen eines Regionalmanagements geben. Die Forderung der SPD, diese Teile Buchs zu einem Gebiet von außergewöhnlicher stadtpolitischer Bedeutung zu erklären, konnte in den Koalitionsverhandlungen abgewendet werden. Die Idee der SPD klingt zwar gut, hätte aber dazu geführt, daß die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung die Bebauungsplanverfahren durchgeführt hätte und somit ein unnötiger Zeitverzug eingetreten wäre. Was der Bezirk hier begonnen hat, soll auch von ihm fortgesetzt werden. Das spricht selbstverständlich nicht gegen eine bessere Koordinierung. Dafür ist das Regionalmanagement ein geeignetes Instrument.

Die BLEG, die die Projektkoordinierung bisher geleistet hat, wird auch nach ihrer Auflösung diese Aufgaben fortführen. Dazu ist ein entsprechender Dienstleistungsvertrag geschlossen worden. Eine erste Aufgabe des Regionalmanagements wird es sein, das schon für den Oktober 2001 geplante „Bucher Forum“ zu organisieren, mit dem eine breitere Öffentlichkeit über die Entwicklungen informiert und in den Planungsprozeß eingebunden werden soll.

Jan Spindler, Mda

## Kunst auf dem Campus

Mammens  
Porträt des  
jungen  
Max Delbrück



Im Torhaus am Eingang des Campus Berlin-Buch sind seit 1998 Werke der Berliner Malerin Jeanne Mammen (1890-1976) ausgestellt.

Jeanne Mammen und der spätere Nobelpreisträger Max Delbrück waren seit 1936 freundschaftlich verbunden. Als Delbrück 1937 in die USA ging, nahm er zahlreiche Bilder der Künstlerin mit und unterstützte sie, die während des Dritten Reichs in innerer Emigration lebte, durch weitere Ankäufe. Nach ihrem Tod überließ Delbrück der „Jeanne-Mammen-Gesellschaft“ seine Sammlung und förderte persönlich die Pflege ihres Nachlasses.

Auch für den Leiter des Max-Delbrück-Centrums, Professor Ganten, ist die Pflege der „engen Verbindung von Kunst und Wissenschaft“ eine Herzensangelegenheit. Auf sein Betreiben hin entstanden ein beachtlicher Skulpturenpark auf dem Campus und der „Jeanne-Mammen-Saal“ im Torhaus, gegenüber dem „Café Max“. Matthias Zarbock



# In letzter Minute

Am Ende des Artikels über die Schwierigkeiten Fliegender Händler mit der Verwaltung des Bezirkes berichtet extraDrei auch über das drohende Aus für die Teile des Pankower Wochenmarktes. Entgegen der Befürchtung des Autors, die BVV werde hier machtlos sein, hat sie doch eine ganze Menge unternommen und am Ende eine Zwischenlösung durchgesetzt.

## Vorspiel

Im März 2001 waren die Händler, die ihre Stände im Jugendpark und am Taubenbrunnen betrieben, erstmals darüber informiert worden, daß das Grundstück Breite Straße 33/34 im Ortskern von Pankow verkauft wurde und wieder bebaut werden soll und darum dieser Teil der Wochenmarktes aufgegeben werden muß. Anfang Juni 2001 sprachen die Händler erstmals beim zuständigen Wirtschaftsstadtrat und Bürgermeister Lubawinski vor. Dieser versicherte sie seiner Unterstützung und versprach, sich um einen alternativen Stellplatz zu kümmern, bei dem es sich um den Garbatyplatz handeln sollte. Am 9. August bekamen die Händler das auch schriftlich. Dann geschah fast vier Monate lang nichts. Erst Ende November meldete sich die zuständige Verwaltung wieder bei den Händlern, um ihnen mitzuteilen, daß am 31. Dezember unwiderruflich Schluß sei. Von einem Ersatzstandort war nicht mehr die Rede. Auf Grund der Proteste der Händler begann dann der folgende

## Eiertanz

Neun Monate, nach dem in der Verwaltung das Problem erkannt worden war, beschäftigte sich das Bezirksamt erstmals am 11. Dezember mit einem Beschluß in dieser Sache - und verwarf die Vorlage des Wirtschaftsstadtrates. Er selbst mochte seiner eigenen Vorlage auch nicht zustimmen.

An dieser Stelle nahm sich die BVV des Problems an. Auf Initiati-

ve von PDS und Grünen beschloß die BVV am 19. Dezember, den Garbatyplatz befristet bis zum 28. März 2002 den Händlern zur Verfügung zu stellen und gaben dem Amt auf, bis Mitte März eine dauerhafte Lösung zu erarbeiten.



Alte Fläche des Marktes am Taubenbrunnen in Pankow

Die Befristung war notwendig, weil einerseits der Garbatyplatz durch Beschlüsse der BVV Pankow (alt) schlicht verplant ist, andererseits aber auch, um die Verwaltung zu schnellem Handeln zu zwingen. Rein rechtlich wäre es nun so gewesen, daß sich das Bezirksamt mit diesem BVV-Beschluß hätte befassen müssen und ihn entweder umsetzen, oder begründet zurückweisen müssen.

Grau ist alle Theorie. Im Großbezirk Pankow erledigen offenbar irgendwelche subalternen Verwaltungsmitarbeiter die Aufgaben der Stadträte. Nur so ist zu erklären, daß den Markthändlern am 27. Dezember mitgeteilt wurde, Tiefbau- und Rechtsamt hätten den BVV-Beschluß „überprüft“ und „festgestellt“, daß er nicht umgesetzt werden könne.

Wann man dies auch den Bezirksverordneten sagen wollte, bleibt unklar. Jedenfalls hatte das Wirtschaftsamt für den 15. Januar einen Bezirksamtsbeschluß vorbereitet, der die Initiative der Bezirksverordneten zu Makulatur werden lassen sollte.

Hiesige „Freizeitpolitiker“ lassen sich jedoch nicht so leicht ins Bockshorn jagen. Die PDS-Fraktion beantragte für den 16. Januar

einer Sondersitzung der BVV, die Grünen stellten einen Mißbilligungsantrag gegen Lubawinski.

Das wiederum sorgte für hektische Aktivitäten des Wirtschaftsstadtrates. Am 15. Januar ließ er seine Kollegen im Umlaufverfahren ei-

nen neuen Bezirksamtsbeschluß abzeichnen, wobei bemerkenswert ist, daß dieser Beschluß während des Umlaufes sage und schreibe vier Mal geändert wurde. Am folgenden Tag wurde in der BVV dann mächtig Schaum geschlagen: Lubawinski präsentierte „sein“ Ergebnis; die sich sonst so wirtschaftsfreundlich gebärdende SPD-Fraktion geißelte den erzeugten Druck als „infames Miesmachen“ ihres Bürgermeisterkandidaten; die Händler verließen am Ende kopfschüttelnd die Veranstaltung.

## Nachspiel

Seit dem 21. Januar dürfen die Händler, die nicht auf dem Anger untergekommen sind, auf dem Garbatyplatz stehen. Bis dahin hatten sie mit den neuen Eigentümern des Grundstücks Breite Straße eine kurzfristige Übergangslösung vereinbart. Auch jetzt ist wieder nur ein Provisorium durch ein neues ersetzt worden. Jetzt kommt es darauf an, daß das Bezirksamt in der ihm aufgetragenen Frist eine Marktkonzeption vorlegt. Dann kann vielleicht eine Randnotiz bleiben, daß ein tatsächlicher Baubeginn auf den Grundstück in der Breiten Straße momentan nicht abzusehen ist.

Wolfram Kempe

Vier Jahre danach:

## ABB in Wilhelmsruh

Heute ist es ABB, morgen tut es allen weh!

Januar 2002, Montag nachmittag. Betriebsversammlung bei ALSTOM Power in Wilhelmsruh. Die Stühle im Saal des ehemaligen Kulturhauses von Bergmann-Borsig reichen gerade so.

Vor vier Jahren hatten sie sich an gleicher Stelle getroffen, um die Entscheidung der Konzernleitung zu erfahren: Die Produktion wird zum Ende des Jahres 1998 in Pankow eingestellt. Und das trotz schwarzer Zahlen und voller Auf-



tragsbücher! „Kapitalismus, Globalisierung pur“ und „Mit uns nicht!“, erwiderte die Belegschaft.

An der Wand hängen Plakate und Spruchbänder von damals. Betriebsratsvorsitzender Wolfgang Beyer erinnert an jene stürmischen Wochen vor vier Jahren, als sie der Konzernwillkür erfolgreich widerstanden und die Schließung des Werkes verhinderten. Von 415 Arbeitsplätzen sind 250 bei ABB, heute ALSTOM Power, erhalten geblieben. Die Service GmbH eines der weltweit führenden Stromerzeuger versorgt heute große Turbinen und Generatoren und stellt Ersatzteile her. Der Umsatz hat sich seit 1999 beinahe verdoppelt. Nicht weniger wichtig ist, daß das beispielhafte Berufsbildungszentrum bei ABB nicht zumachen mußte. Am gesamten Standort, dem PankowPark, en-

gagieren sich derzeit rund 80 Firmen mit circa 2.000 Arbeitsplätzen.

Wolfgang Beyer vergißt nicht die solidarische Unterstützung der IG Metall, anderer Betriebe und Organisationen, der Pankower Bevölkerung. Er würdigt den politischen Beistand der Parteien, von Senats- und Bezirksgremien, der Medien. Unter den Gästen sind viele, die sich seinerzeit für den Erhalt des Industriestandortes im Berliner Nordosten eingesetzt haben. Von der PDS sind Petra Pau, Almuth Nehring-Venus und Siglinde Schaub da. Gregor Gysi kommt ein bißchen zu spät. Vielleicht ist das „Erfolgsgeheimnis“ von Wilhelmsruh dem neuen Wirtschaftssenator von nutzen. Denn nur ein paar Kilometer weiter westlich, bei Borsig in Tegel geht es in diesen Tagen um die Existenz. *Klaus Gloede*

## Eigentum in der heutigen Gesellschaft

Programmdebatte

Über die Rolle und den Einfluß des Eigentums diskutierten die Genossinnen und Genossen der Basisorganisation 30/31 in Pankow mit Klaus Lederer. Sie waren sich darin einig, daß über die Verfügung und den Umgang mit Eigentum Machtverhältnisse innerhalb der Gesellschaft beeinflußt werden und umgekehrt.

Das darf aber nicht zu einer grundlegenden Ablehnung jeder Privatisierung als politisch falsch führen. Es kommt immer sehr auf die Bedingungen an. So kann beispielsweise die Privatisierung von Teilen des Wohnungsbestandes einer städtischen Wohnungsgesellschaft sinnvoll sein, wenn das durch den Verkauf von einigen Wohnungen erworbene Kapital zur Stützung des Unternehmens in einer schwierigen Situation genutzt wird. Damit kann es auch später noch seine soziale Funktion erfüllen.

An eine Privatisierung können auch durch Auflagen gesellschaftlich relevante Bedingungen ge-

knüpft werden (Miethöhenbegrenzung, behindertengerechter Ausbau u.a.m.). Solche Privatisierung mit Rahmenbedingungen kann auch der Aussage des Art. 14 Grundgesetz Rechnung tragen, wonach das Eigentum auch dem Wohle der Allgemeinheit dienen soll. Wir sind dafür, die Macht aus Eigentum durch Rahmenbedingungen soweit zu begrenzen, wie es die jeweiligen Verhältnisse zulassen und es das Grundgesetz ermöglicht. Der gesellschaftlich kontrollierte Zugriff auf Naturressourcen sollte so weit erhalten bleiben, um damit öffentlichen Einfluss auf die soziale Stabilität nehmen zu können.

Die gesellschaftliche Verfügung ermöglicht neben einem Grundmaß privater Freiheiten auch die notwendige Einflußnahme im Interesse einer gesellschaftlich gerechten, sozialen und ökologischen Entwicklung. Die pauschale Ablehnung jedes Eigentumswechsels ist in der gegebenen politischen Situation unsinnig. Verschiedene Eigentums-

formen werden zur Sicherung der Lebensverhältnisse nebeneinander existieren müssen. Die Verteilung von Eigentum in der Gesellschaft und die Verfügung darüber können aber unterschiedliche Machtverhältnisse hervorrufen. In jedem Falle ist zu fragen: Cui bono? – wem nützt es. Nützt es massiv nur einzelnen und schadet anderen, oder sind auch gesellschaftlich positive Wirkungen die Folge? Wichtig ist für die PDS, die Rahmenbedingungen für das Wirken der unterschiedlichen Eigentumsformen durch Regulierung entsprechend den jeweiligen Interessen zu beeinflussen und öffentlichen Einfluß zu erhalten (oder wieder zu gewinnen). Die Eigentumsbedingungen und -formen, die eine Verbesserung der menschlichen Lebensbedingungen ermöglichen, müssen gefördert werden. Der erste Programmentwurf enthält im wesentlichen die dargestellten Gedanken und Aussagen und wird von uns befürwortet.

*Ursel Risch*

Geschäftsstelle PDS Berlin Drei berichtet:

# Kassensturz

Die Partei finanziert sich vor allem aus Beiträgen der Mitglieder und Spenden der Mitglieder und Sympathisanten. Die PDS Berlin Drei hat im Jahr 2001 ca. 745 TDM Beiträge und 165 TDM Spenden eingenommen. Bei den Spenden kamen allein 55 TDM von einfachen Mitgliedern oder Sympathisanten und 110 TDM von Mandatsträgern der Partei. An dieser Stelle sei den vielen Spendern und Sammlern ein herzliches Dankeschön ausgesprochen. Weitere Einnahmen kamen aus Zinsen, ca. 2,3 TDM. Von der Landesebene erhielten wir noch Zuschüsse für den Wahlkampf.

Die Beiträge gehören laut Finanzordnung der gesamten Partei, während die Spenden auf der Ebene verbleiben sollen, auf der sie eingenommen wurden.

Wie sahen die Ausgaben der PDS Berlin Drei im Jahr 2001 aus? Die Abführungen liegen bei 716 TDM, für den laufenden Geschäftsbetrieb wurden knapp 46 TDM benötigt. Für die allgemeine politischen Ar-

beit wurden 89 TDM ausgegeben, hier waren 135 TDM geplant, dafür wurden aber 75 TDM für den Wahlkampf ausgegeben, die am Jahresanfang niemand eingeplant hatte. Zur Jahresmitte wurde deshalb der Plan angepaßt.

Die Ausgaben lagen etwa 36 TDM über den Einnahmen. Zum einen, weil für ca. 20 TDM aus dem Bestand neue Möbel und Technik für unsere neue Geschäftsstelle angeschafft wurden, zum anderen weil der Wahlkampf in diesem Umfang nicht allein aus den Einnahmen zu finanzieren war.

Zur Euro-Umstellung hat die Landesschatzmeisterin einen Brief an alle Mitglieder geschrieben. Hier wird auch auf die neue Beitragsrichtlinie hingewiesen. Die großen Sprünge der alten Richtlinie sind jetzt eliminiert. So wird vielen Mitgliedern eine ehrliche Beitragszahlung leichter. Ein Dankeschön an

	Einnahmen in TDM		Ausgaben in TDM		
	Plan	Ist		Plan	Ist
Beiträge	749,70	743,86	Abführung	743,00	707,35
Spenden	177,40	165,13	Geschäftsb.	47,80	45,81
Zinsen	2,00	2,10	Pol. Arbeit	107,50	89,60
sonstige		0,14	Wahlkampf	60,00	74,69
			Beschaffung		20,92
Summe	929,10	911,22	Summe	958,30	938,36

diejenigen Mitglieder, die bislang schon ihren Beitrag gemäß der Richtlinie pünktlich bezahlt haben. Und ein Dankeschön an die Kassierer, die die Beiträge regelmäßig in der Geschäftsstelle abgerechnet haben.

Im begonnenen Jahr wird sich an den grundlegenden Verhältnissen nicht viel ändern, nur daß wir noch weniger Geld zur Verfügung haben werden. Trotzdem wollen wir die Qualität unserer politischen Arbeit erhöhen, die knappen Mittel werden dabei gezielt für bestimmte Projekte eingesetzt. Eine anspruchsvolle Aufgabe, gehen wir sie an!

Lutz Dühr

Erster Überblick

## Nachruf

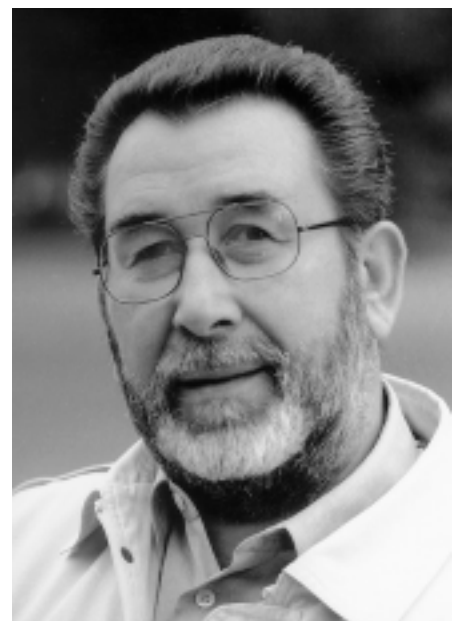
Wir sind sehr traurig. Unser Mitstreiter Dieter Klein lebt nicht mehr. 65jährig ist er am 19. Januar 2002 verstorben. Der Familie gilt unser tiefes Beileid.

Als die PDS die ersten Schritte machte, war Dieter da – und blieb es. Er war „unser Mann“ im Berliner Parlament, zunächst noch in der (Ost-)Berliner Stadtverordnetenversammlung, dann im Abgeordnetenhaus, von 1995 bis 1999 mit Direktmandat der Wählerinnen und Wähler im größten Berliner Wahlkreis. Die Mediziner im Klinikum Buch, die Wissenschaftler im MDC, die Künstler im Künstlerhof ebenso wie die Bürgerinitiativen und Kleingärtner in Buchholz oder die Siedler in Blankenfelde kannten ihn, ihren Abgeordneten, der ihnen zuhörte und ihre Existenzsorgen ins Parlament brachte. Dieter Klein stritt für eine gerechte und vernünftige Politik in Berlin.

Ja, hartnäckig war er. Er ließ den Herrschenden nichts durchgehen und half, „hinter die Kulissen“ zu schauen. In mancher PDS-Hauptversammlung erzählte er Geschichten. Die Redezeit hielt er selten ein, aber man verstand hinterher besser, was die PDS wollen sollte.

Seine Erfahrungen als erfolgreicher, vor Hofe nicht nur mit Wohlwollen bedachter Theatermann „in seinem ersten Leben“ und als kulturpolitischer Sprecher und Haushälter in der PDS-Fraktion verliehen ihm Souveränität und Realitätssinn. Der kulturellen Eiszeit der Nachwende setzte er Solidarität und Menschlichkeit entgegen. Die Abwicklung des Ernst-Busch-Hauses, der Verfall des Kinos Tivoli und viele andere Schandtatzen sahen ihn unter den Initiatoren des Protestes. Es war spürbar: Die Künstlerinnen und Künstler achteten ihn.

1999 machte er „seinen“ Platz im Berliner Abgeordnetenhaus einem jüngeren Bewerber ohne Groll frei und freute sich über dessen Erfolg. Nun wird er nicht mehr bei Demos gegen die Neonazis oder beim EinheizMarkt oder bei Lesungen im K-L-Haus dabei sein. Schade. Macht weiter, hätte er gesagt.



Leserbriefe

# Wünsche zum Neuen Jahr

Ausgehend von Diskussionen mit Genossen und anderen Lesern möchten wir dem Bezirksvorstand und dem Redaktionskollektiv unsere Meinung zu „extraDrei“ übermitteln.

Wir unterstützen den Leserbrief vom Dezember 2001 von Gerhard Ludwig. Wie erkennen auch die Arbeit der Redaktion an und sehen ihre Probleme.

Ergänzend möchten wir noch folgende Hinweise geben:

Das Erscheinungsbild von „extraDrei“ gefällt uns nicht. Die Zeitung sieht nach wie vor wie eine Parteizeitung aus, nicht wie ein Lokalblatt der PDS für alle Bürger. Die

ganzseitigen Artikel und die zu große Schrift nehmen den Platz für viele Informationen aus allen drei Altbezirken. Die Seiten müssen abwechselnd mit kleinen Beiträgen und Bildern gestaltet werden (siehe „Pankower Spiegel“).

Eine Monatsausgabe nur im Zeichen eines Bezirksgebietes zu gestalten, ist nicht günstig, viele Bürger fühlen sich dann nicht angesprochen (siehe „extraDrei“ vom Mai 2001 u.a.).

Wir wünschen uns mehr Informationen unserer Abgeordneten über wichtige Beschlüsse der gewählten Gremien, die das gesamte gesellschaftliche Leben unseres Bezirkes betreffen, nicht zu viele parteiinterne Informationen.

Standpunkte der Leser sollten herausgefordert werden. Dazu sehen wir an der Basis auch unsere Verantwortung, die Redaktion stärker zu unterstützen. Eine Leserversammlung wäre zu begrüßen.

Die Zeitung sollte aktuelle gesellschaftliche Höhepunkte nicht vergessen. In der Mai-Ausgabe den Ersten Mai zu vergessen, war schon ziemlich stark. Weder auf der Titel-

seite noch im Terminplan war er zu finden. Das Gleiche trifft auf die Dezember-Ausgabe zu. Ein paar gute Wünsche für das Neue Jahr wären auf der Titelseite nicht schlecht gewesen.

Wir aber wünschen Euch für das Neue Jahr Gesundheit und ein gutes Gelingen von „extraDrei“, uns allen Frieden und ein erfolgreiches Jahr für die Gestaltung der PDS-Politik im Interesse aller Bürger.

*Christa Jentsch*  
BO 49/50 (Pankow-Süd)



## Ein Jahr „extraDrei“

### So weiter oder ganz anders?

PDS-Bezirksvorstand und „extraDrei“-Redaktion laden ein zur Diskussion über unsere Zeitung auf dem nächsten Basistag der PDS am 28. Februar um 16 und 19 Uhr im Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76.

## WANNWOWASWANNWOWASWANN

- |  |  |  |
|--|--|--|
| 12. Februar<br>19 Uhr Bezirksvorstandssitzung, Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76  | 26. Februar<br>19 Uhr Bezirksvorstandssitzung, Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76  | 8. März<br>15–17 Uhr Frauentagsfeier des OV Weißensee im Kieztreff Weißensee; Zu Gast: PDS-Landesvorsitzender Stefan Liebig (Mda)          |
| 19.30 Uhr „Die PDS im Jahr 2002: Eine Bilanz ‚gewendeter‘ oder ‚gewandelter Mitglieder?‘“ Bötzw-FORUM in der Kurt-Tucholsky-Bibliothek, Esmarchstraße 18 | 28. Februar<br>16 und 19 Uhr Basistag der PDS Berlin Drei, Laden im Dritten, Kopenhagener Straße 76  | 16. März<br>11 Uhr Skatvormittag im Kieztreff Weißensee, Pistoriusstraße 24  |
| 14. Februar<br>17.30 Uhr Gesprächsrunde mit dem neuen Bezirksbürgermeister Burkhard Kleinert (PDS) im Freizeit-Haus Weißensee, Pistoriusstraße 23        | 2. März<br>10 Uhr 2. Tagung des 8. Landesparteitags der PDS Berlin; u.a. zum neuen Finanzkonzept der PDS Berlin  | 16./17. März<br>3. Tagung des 7. Parteitags der PDS in der Stadthalle Rostock; Beschluß des Programms der PDS zu den Bundestagswahlen 2002 |
| 16. Februar<br>11 Uhr Skatvormittag im Treffpunkt Links, Pistoriusstraße 24  | 8. März<br>15–17 Uhr Frauentagsfeier der PDS Berlin Drei mit Stadträtin Christine Keil, Musik: Gisela Dreßler mit Partnerin, Laden im Dritten Kopenhagener Straße 76 | 22. September<br>Wahlen zum 15. Deutschen Bundestag  |

## Impressum

Herausgeber: Bezirksvorstand der PDS Berlin Drei  
Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin  
Fon 44 01 77 80 – Fax 44 01 77 81

www.pds-berlin-drei.de  
eMail: redaktion@pds-berlin-drei.de

Verantwortliche Redakteure: Renate Tepper, Klaus Gloede und Wolfram Kempe

V.i.S.d.P.: Gernot Klemm

Redaktionsschluß: 31. Januar 2002  
Druck: double express Auflage: 15.000

Das Blatt wird durch Spenden finanziert. Spenden können eingezahlt werden direkt in der Geschäftsstelle bzw. in einem der Kiezbüros oder auf folgendes Konto: 43 84 81 68 00 bei der Berliner Bank, BLZ 100 200 00, Verwendungszweck: 831-505. Diese Spende ist steuerlich absetzbar. Damit wir entsprechende Bescheinigungen für das Finanzamt ausstellen können, benötigen wir Name und Anschrift des Spenders / der Spenderin.